

Schriftliche Anfrage betreffend Migrationshintergrund als notwendiges Erfahrungswissen für soziale Aufgaben im Kanton

09.5312.01

Der Kanton Basel-Stadt mit seinem grossen Bevölkerungsanteil an Migrantinnen und Migranten geniesst zu Recht hohe Anerkennung für seine vielfältigen Anstrengungen im Bereich der Integration.

Es ist eine bekannte und anerkannte Tatsache, dass in vielen sozialen Bereichen in Fragen der Beratung, Förderung, Prophylaxe, Konfliktlösung usw. qualifizierte Migrantinnen und Migranten erfolgreicher, schneller und somit auch kostengünstiger wirken können als fachlich gleich qualifizierte Schweizerinnen und Schweizer ohne Migrationshintergrund.

Ihre unmittelbare Kenntnis des kulturellen Hintergrundes der zugewanderten Bevölkerung / oder der Migrantinnen und Migranten und der durch diesen Hintergrund beeinflussten Verhaltens- und Denkweisen erleichtert ihnen ganz wesentlich, Probleme schnell zu erfassen und adäquate Lösungen zu finden. Es ist daher optimal, wenn in den sozialen Berufsfeldern Einheimische und Migrantinnen und Migranten in Teams zusammenarbeiten.

Um die bisherigen Integrationsbemühungen erfolgreich weiterzuführen und zu verstärken, muss es ein Ziel sein, in den angesprochenen Berufsfeldern eine möglichst hohe Zahl von Migrantinnen und Migranten in die Arbeit einzubeziehen.

In einem ersten Schritt bitte ich daher um Auskunft,

- wie viele Migrantinnen und Migranten - ohne diejenigen mit deutscher Muttersprache - zur Zeit in den nachstehend aufgeführten Bereichen im Kanton Basel-Stadt angestellt sind und
- wie viele Migrantinnen und Migranten - ohne diejenigen mit deutscher Muttersprache - zur Zeit in der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt eine Lehre machen. Diese Angaben könnten für eine erfolgreiche Integrationsarbeit interessante Kennzahlen sein.

Die Bereiche sind die folgenden:

- Bildungsbereich (Schulen, inkl. Frühförderung)
- Schulpsychologischer Dienst
- Pädagogische Dienste
- Zentrum für Frühförderung
- Schulsozialarbeit
- Tagesbetreuung (Basler Frauenverein)
- Jugendstaatsanwaltschaft
- Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten
- Vormundschaftsbehörde
- Soziale Sicherheit/Amt für Sozialbeiträge
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Amt für Berufsbildung
- Polizei

Hat die Regierung ein Konzept, durch konkrete Förderprojekte mehr Fachpersonen mit Migrationshintergrund für die Verwaltung zu gewinnen? Wenn ja, welches sind die Förderprojekte?

Atilla Toptas